

# **Auf die Parteien kommt es an: Parteipolitische Prägung und Reformprofile in den Beitrittsländern zur Europäischen Union**

*Timm Beichelt*

## **1 Einleitung**

Trotz anfänglicher Skepsis haben sich am westlichen Rand des ehemaligen sozialistischen Blocks funktionierende Demokratien entwickelt. Wahlen werden manipulationsfrei abgehalten, Interessenartikulation und -aggregation haben sich pluralisiert, Regierungswechsel sind eine Selbstverständlichkeit. Der Beitritt zur Europäischen Union steht bevor. Viele *essentials* des politischen Transformationsprozesses – der Umbau der sozialen Sicherungssysteme, die Inklusion struktureller Minderheiten, der wirtschaftspolitische Kurs – sind in einer Weise gelöst worden, die mit dem westeuropäischen Modell kompatibel sind. Mit dem Beitrittsangebot der EU an acht mitteleuropäische Staaten ist die Phase eingeläutet, in der nicht mehr von Transformationsstaaten, sondern von (gleichwohl schwachen) demokratischen Wohlfahrtsstaaten mitteleuropäischer Prägung die Rede sein wird.

Die zu Beginn der mittel- und osteuropäischen Transformationsprozesse geäußerten Vermutungen, die entgegengesetzten funktionalen Logiken der Transition auf wirtschaftlicher und politischer Ebene stünden einer tief greifenden Umgestaltung entgegen (Offe 1991; Haggard/Kaufman 1995), haben sich damit nicht bewahrheitet. Diese These wurde von Helmut Wiesen­thal bereits vertreten, als die meisten Transformationsforscher noch vehement die vermeintlich destruktiven Wechselwirkungen von langfristigen Zyklen wirtschaftlicher Entwicklung und kurzfristigen Zeithorizonten von Wählern und Politikern unterstrichen (Wiesen­thal 1998). Inzwischen werden die Bedingungen, die für die Entwicklung ehemals autokratischer Regimes zu marktwirtschaftlichen Demokratien verantwortlich sind allgemein diskutiert.

Die Existenz verschiedener Kontextbedingungen ist dabei häufig hervorgehoben worden. Es herrscht weitgehender Konsens, dass die geographische Nähe zu Westeuropa und der EU, die Verwurzelung in der habsburgischen Verwaltungstradition und die Abwesenheit von ethnischen Minderheiten günstige Rahmenbedingungen für die Herausbildung demokratischer Regimes darstellen (Offe 1998; Pridham 2000). Diese und andere Randbedingungen sagen jedoch zunächst wenig über die Essenz politischer Entscheidungen aus, mit denen die politischen Akteure der Übergangszeit die wirtschaftliche, politische und soziale Transformationskrise zu überwinden versuchen. Welche Spielräume haben

bürgerlich-konservativ oder postsozialistisch-sozialdemokratisch geprägte Akteure jenseits des regionalspezifischen *policy-mix* aus Marktöffnung und Westorientierung gehabt? Muss nicht erwartet werden, dass die soziokulturell unterschiedlich geprägten und auf unterschiedliche Weise demokratisierten Staaten Mitteleuropas voneinander unterscheidbare *Policy*-Profile entwickeln (Kitschelt u.a. 1999: 384)?

Mit Fragestellungen wie dieser wird der Fokus der Transformationsforschung verschoben. In deren erster Phase überwog die Auseinandersetzung mit kontingent begriffenen Ereignissen eines Epochenbruchs, der mit dem Amtsantritt Michail Gorbačevs begonnen hatte und zu den Revolutionen – Gorbačev selbst verwandte den Begriff im Untertitel seiner „Perestrojka“ (Gorbatschow 1989) – in Mittel- und Osteuropa führte. Die zweite Phase war von Versuchen der Einordnung der postsozialistischen Systemwechsel in den Korpus disziplinär bewährter Theorien gekennzeichnet. Nicht mehr Länderexperten mit historischem Revolutionswissen, sondern Generalisten mit einem Auge auf die Vergleichbarkeit der Transformationsprozesse gaben die wichtigsten Impulse (Przeworski 1991; Beyme 1994; Linz/Stepan 1996).

Dies führte zu viel diskutierten, aber häufig den empirischen Feinheiten der Einzelfälle nicht gerecht werdenden Hypothesen. Dem entgegen trat die „dritte Generation“ (Wiesenthal 2001: 27) der Transformationsforschung, in der zwar ebenfalls theorieorientiert vorgegangen wird, in der jedoch eine zielgerichtete Betrachtung der behandelten Begebenheiten und Fälle zur Grundlage der Analyse gemacht wird. In diesen Bereich fallen Betrachtungen, die die Ergebnisse der Transformationsprozesse zu politischen Machtverhältnissen und Akteurskonstellationen systematisch in Beziehung setzen, die also Erkenntnisse über die politische Ökonomie der Transformation zu gewinnen versuchen.

Je größer jedoch der Abstand der neuen Regimes zur sozialistischen Vergangenheit wird, desto eher tritt auch der Charakter des Transformierten – und nicht mehr die Transformation selbst – ins Blickfeld. Eine der Hypothesen dieses Beitrags lautet, dass das Transformationsparadigma für den Herrschaftsraum Mitteleuropa, d.h. die der EU im Jahre 2004 beitretenden Staaten, an Relevanz verloren hat. An der Reform Mitteleuropas ist nicht mehr der Fortschritt in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft das Zentrale, sondern deren Ausprägung im Konzert der Staaten Gesamteuropas.

Der Beitrag ist in drei Teile gegliedert. Zunächst soll überprüft werden, inwieweit tatsächlich von einer wirtschaftspolitischen Konvergenz bei der Entwicklung der EU-Beitrittskandidaten gesprochen werden kann. Anschließend werden diese Befunde – die bei allen Ähnlichkeiten auch einige auffällige Unterschiede zu Tage fördern – zu den Eigenarten der Parteienlandschaft und Regierungskombinationen in den einzelnen Ländern in Beziehung gesetzt. Dabei ergeben sich abschließend Muster zwischen der Ausrichtung politischer

Akteure und den wirtschaftspolitischen Reformprofilen, die im Kern an wichtige Elemente der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten erinnern.

## 2 Politische und wirtschaftliche Entwicklung in Mitteleuropa

Haben wir es bei der Gruppe der mitteleuropäischen EU-Beitrittskandidaten mit einer homogenen Gruppe zu tun, oder überwiegen trotz der gemeinsamen post-sozialistischen Vergangenheit mittlerweile die Unterschiede? Hinsichtlich der politischen Ebene wird im Sinne des in der Einleitung Gesagten davon ausgegangen, dass sich alle derzeitigen Beitrittskandidaten mit Ausnahme der Türkei zu funktionierenden Demokratien entwickelt haben (Karatnycky/Motyl/Schnitzer 2001; Gastil 2002). Auch im Nachzüglerland Slowakei tauchen mittlerweile kaum noch Zweifel an der Korrektheit von Wahlergebnissen auf, und in allen Beitrittsländern mit der Ausnahme Sloweniens hat es – so ein Konsolidierungskriterium von Huntington (1991) – seit der Einführung der Demokratie bereits mehr als einen Machtwechsel gegeben. Im einzelnen weist im Beitrittsgebiet höchstens der rumänische Fall noch eine grundlegende Abweichung vom Modell westlicher Demokratien auf, da dort die Pressefreiheit noch immer nicht als voll verwirklicht gilt (Freedomhouse 2002: 43).

Unter der Oberfläche von Demokratie-Indikatoren wie der Manipulationsfreiheit von Wahlen oder der Pressefreiheit lassen sich allerdings Bereiche ausmachen, in denen nicht von einem reibungslosen Funktionieren der Demokratie im Sinne einer rechenschaftspflichtigen politischen Herrschaft (so die Definition von Schmidt 1995: 205) gesprochen werden kann. Dies betrifft vor allem die Dimension des Rechts- und Verfassungsstaats, dessen Bedeutung für die Konsolidierung der Demokratie seit einiger Zeit unterstrichen wird (Linz/Stepan 1996; Merkel 1999). Demnach genügt es nicht, wenn die Legitimität der Herrschenden durch freie und faire Wahlen im zugänglichen öffentlichen Raum abgesichert ist. Vielmehr steht und fällt die Stabilität des demokratischen Gefüges mit der Möglichkeit, politische und wirtschaftliche Rechte auch tatsächlich nutzen und sich dabei auf unparteiische öffentliche Institutionen stützen zu können.

Die besten vergleichenden Informationen über die Funktionsfähigkeit der Justiz und des Verwaltungswesens in den Beitrittskandidaten finden sich bei einer Institution, die ihrerseits keineswegs unparteiisch ist. Seit den späten 1990er-Jahren veröffentlicht die Europäische Kommission jährliche Fortschrittsberichte über den Fortgang der Verwaltungs- und Justizreform sowie das Ausmaß an Korruption. Der öffentliche Dienst wird dabei auf eine mit der EU-Mitgliedschaft kompatible „Verwaltungskultur“ und das Justizwesen auf „Stärke, Unabhängigkeit, Effizienz und Professionalität“ (Zitate aus dem Fortschrittsbericht 2001 zu Bulgarien, S. 18) untersucht.

Selbst wenn EU-Kompatibilität und Demokratie selbstredend nicht dasselbe bedeuten,<sup>1</sup> lassen sich aus den Berichten doch deutliche Rückschlüsse auf das Konsolidierungsniveau des Rechts- und Verwaltungsstaats ziehen. Die Berichte der EU-Kommission des Jahres 2002, die Berichte also, die der positiven Entscheidung zur Aufnahme acht mitteleuropäischer Länder im Dezember 2002 vorausgingen, lassen eine fortgeschrittene Entwicklung des Rechtsstaates letztlich nur in Estland und Slowenien erkennen.<sup>2</sup>

Diese beiden Länder sind auch die einzigen, in denen die Kommission die Korruption – eine potenzielle Einschränkung des Rechts- und Verwaltungswesens – nicht als ein ernsthaftes Problem ansieht. In Polen, der Slowakei und Tschechien gibt Korruption hingegen Anlass zu „großer Besorgnis“ oder wird als schwerwiegendes Problem angesehen. In der Tat wird dieser Befund durch den „Global Corruption Report 2003“ (Transparency International 2003: 264-265) bestätigt, wobei hier allerdings noch Lettland ähnlich eingruppiert wird. In Litauen und Ungarn ist demnach ein geringeres Ausmaß an Korruption zu verzeichnen als in Griechenland, dem Schlusslicht der EU-15. In Estland und Slowenien wird weniger Korruption als in Italien und eine etwa gleicher Korruptionsgrad wie in Portugal und Frankreich wahrgenommen (ebd.). Damit wird deutlich, dass es in einigen Transformationsstaaten nicht mehr um Aufholprozesse gegenüber *dem* westeuropäischen Modell geht. Vielmehr müssen sich die Polyarchien Mittel-, West- und Südeuropas an idealen, aber in der realen Welt nicht zu verwirklichenden Modellen wie Demokratie, Rechtsstaat, Marktwirtschaft etc. messen lassen.

Ein Vergleich der Berichte der EU-Kommission offenbart hinsichtlich des Verwirklichungsgrades rechtsstaatlicher Prinzipien drei Gruppen von Ländern: (1) Estland und Slowenien mit etablierten Rechtsstaaten; (2) Lettland, Litauen und Ungarn mit Problemen vor allem im Bereich der Korruption und wegen nur begrenzter Fortschritte bei der Justizreform sowie (3) Polen, die Slowakei und Tschechien, die starke Korruption mit Defiziten bei der Umgestaltung der öffentlichen Verwaltung verbinden,<sup>3</sup> wobei die Justizreformen ebenfalls eher kritische Kommentare der Kommission hervorrufen (anders als z.B. in Litauen und Slowenien).

---

<sup>1</sup> Die EU-Kommission beruft sich in ihren Berichten bekanntlich auf das Konzept der Demokratie in Form der Kopenhagener Beschlüsse von 1993, d.h. auf die Erfüllung der Kriterien Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Schutz von Minderheiten.

<sup>2</sup> Die Fortschrittsberichte seit 1997 finden sich unter [http://europa.eu.int/comm/enlargement/index\\_en.html](http://europa.eu.int/comm/enlargement/index_en.html).

<sup>3</sup> Die Kommission macht die mangelnden Fortschritte bei der Verwaltungsreform daran fest, dass die drei Länder entweder erst am Beginn der Verwaltungsreform stehen oder in letzter Zeit keine Fortschritte haben erzielen können.

Tab. 1 Ausbau des Rechtsstaats in den Beitrittsländern Mitteleuropas

Weitgehende Verwirklichung rechtsstaatlicher Prinzipien	Einige Defizite bei der Umsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien	Deutliche Defizite bei der Umsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien
Estland	Lettland	Polen
Slowenien	Litauen	Slowakei
	Ungarn	Tschechien

Quelle: Auswertung der Fortschrittsberichte der Europäischen Kommission zu den EU-Beitrittskandidaten.

Auch auf wirtschaftlicher Ebene lässt sich nicht von einem einheitlichen Transformationsraum sprechen. Die unterschiedliche Zugehörigkeit der mitteleuropäischen Staaten zu den drei historischen Regionen Europas (Szücs 1990) mit jeweils spezifischen wirtschaftlichen und administrativen Entwicklungsprofilen deutete von vornherein an, dass die neuen Marktwirtschaften unter sich stark unterscheidenden Ausgangsbedingungen starteten. Am Ende der sozialistischen Periode brachten es die höher entwickelten Staaten Mitteleuropas – die DDR und die Tschechoslowakei – auf etwas weniger als die Hälfte des (preisbereinigten) Prokopfeinkommens in den USA. Polen und Bulgarien rangierten dagegen bei etwa einem Viertel, Rumänien nur bei einem Sechstel dieses Wertes. In Bulgarien, Polen und Rumänien arbeiteten noch in den späten 1970er Jahren mehr als ein Drittel der Bevölkerung in der Landwirtschaft, während es in der Tschechoslowakei 12 Prozent waren. Nicht ein einheitlicher Wirtschaftsblock, sondern von „ökonomischen Ungleichheiten“ geprägte *Legacies* kennzeichneten die Region zum Beginn der Transformation (siehe Janos 2000: 344-360, hier S. 353, S. 344-345 und S. 356).

Nach dem Ende des real existierenden Sozialismus boten dann die ersten Wahlen einen Anlass, wirtschaftspolitische Konzepte in verschiedene Richtungen zu entwickeln. Häufig wird der Ausgang dieser ersten Wahlen als entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung der Folgejahre angesehen. Nur bei einem eindeutigen Wahlsieg der vormaligen Regimeopposition haben sich demnach in den ersten Transformationsjahren eindeutige wirtschaftspolitische Erfolge erzielen lassen (Fish 1998). Die Wahlergebnisse zu Beginn der 1990er Jahre stehen allerdings ihrerseits in Einklang mit der geschichtlichen Einbettung der einzelnen Staaten. Reformkräfte gelangten nur dort an die Macht, wo sich aus der herrschaftskulturellen Tradition und dem Niveau der wirtschaftlichen Arbeitsteilung eine Verwandtschaft zu den politischen und wirtschaftlichen Regimes Westeuropas ableiten ließ. Eine Regimevergangenheit im Habsburger Reich (im Gegensatz zum russischen oder osmanischen), eine wenigstens in den Städten virulente merkantile (im Gegensatz zur feudalistischen) Wirtschaftsstra-

dition sowie die Zugehörigkeit zum lateinischen (im Gegensatz zum orthodoxen) Christentum begründeten die „kulturelle Innenseite“ der politischen und ökonomischen Konsolidierung (Offe 1998).

Während jedoch die ersten Jahre der Systemtransformation mit vollem Recht unter dem Blickwinkel der Systemtransformation und ihrer Voraussetzungen analysiert werden konnten, musste sich das Paradigma im Laufe der Zeit abnutzen. Tschechien (1995), Polen und Ungarn (jeweils 1996) sowie die Slowakei (2000) traten der OECD bei und signalisierten damit die Ankunft im Club etablierter Marktwirtschaften. Nachdem die wichtigsten Liberalisierungsschritte im Banken- und Finanzsektor vollzogen waren und der Preismechanismus auf vielen Märkten durchgesetzt war, ließen sich die wirtschaftlichen Herausforderungen für die mitteleuropäischen Staaten nur noch zum Teil über die Eigenheiten des wirtschaftlichen Systemwechsels erklären. Die schnell verwirklichte Öffnung der nationalen Volkswirtschaften stellt die politischen Akteure vor ähnliche Probleme wie in Westeuropa: bestimmte Sektoren (z.B. in der Schwerindustrie) stehen unter produktivitätsbedingtem Anpassungsdruck, die Sozialsysteme sind durch ein ungünstiges Verhältnis von Einzählern und Begünstigten in einer prekären Lage, die Erfüllung öffentlicher Aufgaben wird durch eine insgesamt schwache Steuerbasis gefährdet. Wenn auch unter verschärften Bedingungen sind die wirtschaftspolitischen Akteure somit bereits vor dem Ende aller transitionsbedingten Anpassungsschocks in der Realität der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten angekommen.

Demnach erscheint es auch angebracht, die wirtschaftliche Performanz nach den üblichen Messlatten für Marktwirtschaften mit Elementen staatlicher Steuerung zu beurteilen. Die gerne herangezogenen Indikatoren der EBRD können nur noch beschränkt Auskunft über die wirtschaftliche Stärke geben, wenn die mitteleuropäischen Staaten sich dem oberen Rand der Skalen nähern (Herbert Kitschelt spricht in diesem Band von einem „ceiling effect“). Es stehen jedoch andere Indikatoren zur Verfügung. Der „Misery-Index“ beispielsweise, mit dem die akkumulierten *Bads* der Arbeitslosenquote und der Inflation zusammengetragen werden (vgl. Dornbusch/Fischer 1990: 547-588), weist in der Region beträchtliche Unterschiede auf.<sup>4</sup> Die baltischen Staaten und Tschechien sind erfolgreich in der Inflationsbekämpfung in dem Sinne, dass die Inflationsraten nur knapp über oder sogar unter der Wachstumsrate liegen.<sup>5</sup> Auf der anderen Seite bestehen in der Slowakei und in Slowenien Inflationsraten, die auf eine

<sup>4</sup> Die Indikatoren werden in ihrem durchschnittlichen Wert über (die letzten) drei Jahre betrachtet, um für den Transformationsverlauf typische Ausreißer nach oben oder unten nicht zu sehr durchschlagen zu lassen.

<sup>5</sup> Bereits dieser Befund weist darauf hin, dass die Strukturtransformation dieser Ökonomien im Großen und Ganzen beendet ist – es gibt keine Sektoren mehr, die explosionsartig wachsen und aufgrund einer nicht gesättigten Nachfrage Preise und Löhne unabhängig von der Produktivitätsentwicklung in die Höhe treiben können.

deutlich über dem Wachstumspotenzial liegende Steigerung der Geldmenge mit den problematischen Folgen für die Erwartungssicherheit von Unternehmern hinweisen.

Auch in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gibt es unterschiedliche Profile. Slowenien, Tschechien und Ungarn weisen Arbeitslosenquoten unterhalb des Durchschnitts der EU-15 auf. Bemerkenswerterweise ergeben sich diese Daten in Slowenien und Ungarn trotz des vergleichsweise zügigen Abbaus der Überbeschäftigung in den letzten Jahren (Knogler 2002: 2). Auch in Estland, Polen und der Slowakei hat ein solcher Abbau stattgefunden. Dort verlief jedoch die Reallokation der vormals im staatlichen Sektor Beschäftigten langsamer. Ähnlich hohe Arbeitslosenquoten wie in Polen oder der Slowakei finden sich in Litauen. Hier jedoch bestand die wirtschaftspolitische Strategie in der langsameren Umgestaltung der Wirtschaft mit dem Ziel der verzögerten Freisetzung von Arbeitskräften. Wie auch in Rumänien und erst recht den GUS-Staaten wurde dadurch der gesamte Erholungsprozess des Arbeitsmarktes verschleppt, da der private Sektor eine noch geringere Absorptionskraft entwickelte (vgl. insgesamt Knogler 2002: 1-5).

Tab.2 Misery-Index der Systemtransformation, 2002

	BIP 2001 (1989=100)	Wachstum, 2000-2002 Ø	Maßgeblich für Misery-Index		Misery- Index, 2000- 2002
			Inflation, 2000-2002 Ø	Arbeits- losenquote <sup>6</sup> , 2000-2002 Ø	
	+/- 100	+	-	-	
Bulgarien	80	4,6	7,7	17,6	25,3
Estland	90	6,0	4,5	12,2	16,7
Lettland	75	6,9	2,3	12,8	15,1
Litauen	72	5,7	0,9	16,2	17,1
Polen	129	2,1	5,8	16,8	22,6
Rumänien	84	4,0	34,2	9,1	43,3
Slowakei	110	3,3	7,5	18,8	26,3
Slowenien	121	3,5	8,3	6,5	14,8
Tschechien	106	2,8	3,5	9,2	12,7
Ungarn	112	4,1	7,9	6,0	13,9

Quellen: Spalte 2: EBRD Transition Report 2002: 58, Spalten 3-5: EBRD Transition Report Update (Mai 2003).

<sup>6</sup> Ein Gegenteil mit der Datenquelle des Europäischen Statistikamtes ergibt für alle Länder ähnliche Zahlen mit i.d.R. höchstens zwei Prozentpunkten Abweichung (Eurostat 2002: 415).

Der Misery-Index weist damit für die baltischen Staaten sowie Slowenien, Tschechien und Ungarn wesentlich günstigere Orientierungsmarken auf als für Bulgarien, Polen, die Slowakei und Rumänien (Tabelle 2). Nicht berücksichtigt bleibt bei dieser Betrachtung allerdings die Wachstumsrate, die in der ökonomischen Transformationsforschung eine der wichtigsten Bestimmungsgrößen zur Identifizierung der wirtschaftlichen Erholung gewesen ist. Das Wachstum ist deshalb von großer Bedeutung, da damit auch zu einem gewissen Maß die Beschäftigungsdynamik abgebildet wird. Bei einem allenfalls stagnierenden, in der Regel jedoch schrumpfenden staatlichen Sektor findet Wachstum im privaten Sektor – in umstrukturierten Staatsbetrieben oder neu gegründeten Unternehmen – statt. Wegen der Schwäche der staatlichen Institutionen im Transformationsprozess kann davon ausgegangen werden, dass ein Teil der Beschäftigung statistisch nicht erfasst wird. Die leichter erfassbare Wachstumsrate wird damit zu einem Gradmesser für die Absorptionsfähigkeit des privaten Sektors für im Transformationsverlauf freigesetzte Arbeitskräfte.

Bezieht man in den Misery-Index die zusätzliche Information über das Wirtschaftswachstum ein, müssen die Aussagen über die Performanz etwas relativiert werden. Bulgarien, Estland, Lettland und Litauen verzeichneten im Durchschnitt der Jahre 2000-2002 ein deutlich höheres Wirtschaftswachstum als der westeuropäische Wirtschaftsraum. Diese Staaten stehen daher besser da als der Misery-Index verheißt. Auf der anderen Seite sind die recht niedrigen Wachstumsraten insbesondere in Polen, aber auch in der Slowakei ein Anzeichen für eine geringere Umstrukturierung als in den Nachbarstaaten (EBRD 1997: 52-57; EBRD 2002: 20, 38, 39).

Entscheidend für die Beurteilung des wirtschaftlichen Transformationserfolgs ist jedoch die Wegstrecke, die nach der Durchquerung des „Tals der Tränen“ auf dem folgenden Berganstieg bewältigt wurde. Tabelle 2 weist in Spalte 2 aus, dass auch 12 Jahre nach dem Systembruch noch längst nicht alle Volkswirtschaften Mitteleuropas wieder das Outputniveau erreicht haben, welches ihnen am Ende der planwirtschaftlichen Periode zugeschrieben wurde. In den baltischen Staaten, die als ehemalige Sowjetrepubliken alle ihre Produktions- und Handelsströme umlenken mussten, markieren die niedrigen Werte die Tiefe des vorherigen Umbruchs. Für das zu Sowjetzeiten stark auf die UdSSR ausgerichtete Bulgarien und das seinerzeit um Autarkie bemühte Rumänien kann zwar ähnlich argumentiert werden. Die Krisen, die beide Länder Mitte der 1990er Jahre heimsuchten, gelten jedoch zu einem guten Teil als hausgemacht (EBRD 1997: 158-160, 192-194). Alle anderen Länder, insbesondere Polen und Slowenien, haben dagegen die Schwelle der wirtschaftlichen Entwicklung am Ende des Planwirtschaftsregimes bereits seit längerem überschritten.

Der Erfolg der ökonomischen Transition lässt sich damit auf zwei Ebenen beurteilen (Tabelle 3). Zum einen haben es einige Länder besser als andere geschafft, den Einbruch beim Outputniveau entweder gering zu halten oder ihn



innerhalb weniger Jahre wettzumachen. Zum anderen haben einige Länder die traditionellen *Bads* der Wirtschaftspolitik – Inflation und Arbeitslosigkeit – besser bekämpfen können als andere. Es ergeben sich vier Gruppen:

In vielen Bereichen haben sich Slowenien, Tschechien und Ungarn, d.h. die Länder der Vorreitergruppe, an west- oder südeuropäische Volkswirtschaften angenähert; dies gilt z.B. für die Wirtschaftsstruktur oder die Handelsströme. Im Gegensatz zu den baltischen Staaten weisen die Länder der Vorreitergruppe nicht so blendende Wachstumsraten, dafür aber deutlich niedrigere Arbeitslosenquoten auf, die sich auch im gesamteuropäischen Vergleich sehen lassen können. Letztlich handelt es sich damit trotz der überall steigenden sozialen Ungleichheit (Milanovic 1998) um eine schlüssige Variante einer zentraleuropäischen sozialen Marktwirtschaft: während staatliche Restriktionen Massenentlassungen verhindern oder zumindest stark einschränken (Knogler 2002: 36), expandieren verarbeitende Industrie und Dienstleistungen in einem dem Arbeitsmarkt deutlich zuträglichen Maße (vgl. die Länderkurzberichte samt statistischem Anhang in EBRD 2002).

Tab.3 Relative Erfolge bei der ökonomischen Transformation

		Aktuelle Wirtschaftspolitik	
		Erfolgreich (Misery-Index < 20)	Nicht erfolgreich (Misery-Index > 20)
Überwindung des Transformationsstaus	Schnell (BIP 2001 > 1989)	<i>Erfolgreiche Systemtransformation:</i> Slowenien Tschechien Ungarn	<i>Erhalt von Strukturproblemen:</i> Polen Slowakei
	Langsam (BIP 2001 < 1989)	<i>Schneller Aufholprozess:</i> Estland Lettland Litauen	<i>Andauernde Transformation:</i> (Bulgarien) Rumänien

Polen und die Slowakei haben demgegenüber aus heutiger Sicht an Perspektiven für einen nachhaltigen Wachstumskurs eingebüßt. Polen konnte in der ersten Phase der „spontanen“ Privatisierung durch die faktische Bevorzugung von Insidern (Wielgohs 2001: 113) schnelle Wachstumserfolge durch neue kleine und mittlere Unternehmen erreichen. In der Slowakei wurde der notorische Klientelismus häufig kritisiert (vgl. Business Central Europe, 4/1998: „Can

Cronyism Work“?). Auch hier deuteten jedoch die vergleichsweise hohen Wachstumsraten der frühen Transformationsphase an, dass eine möglichst hindernisfreie Öffnung für ausländische Produkte und Investitionen nicht das einzige Mittel für erfolgreiche Umstrukturierung sein muss.

In den folgenden Jahren jedoch wirkte sich aus, dass die Reformen in einigen Teilbereichen wenig entschlossen vorangetrieben wurden. Die Intransparenz im Unternehmenssektor, insbesondere bei den Eigentümer- und Schuldenverhältnissen, sowie ein aufgrund expansiver Fiskalpolitik induzierter hoher Refinanzierungssatz werden als wesentliche Aspekte unvollständiger Reformen in der Slowakei genannt. Für Polen werden der nach wie vor hohe Anteil des Staates im Unternehmenssektor mit über 2.000 meist nicht restrukturierten und in finanziellen Schwierigkeiten steckenden Firmen, vergleichsweise schlechte Bedingungen für ausländische Investoren sowie die Verletzlichkeit des Bankensektors angeführt (EBRD 2002: 194-195, 182-183). In beiden Ländern haben sich damit in deutlich höherem Maße Strukturprobleme erhalten, die auch mittelfristig das Wachstum gefährden. Diese Gefahr droht nicht zuletzt wegen der bereits jetzt hohen Arbeitslosenraten (Tabelle 2), angesichts derer sich den Arbeitsmarkt belastende Reformpolitiken noch schwerer durchführen lassen.

Die dritte Gruppe, bestehend aus den baltischen Staaten, ähnelt der ersten Gruppe der „erfolgreichen“ Transformierer insofern, als seit dem Ende des Staatssozialismus fast in allen Bereichen bedeutende Strukturveränderungen in Richtung des westeuropäischen Modells unternommen wurden (Frischte/Plötz/Polkowski 1997). Nicht Polen, sondern Estland müsste als das Land gelten, in dem ein echter *Big bang* stattgefunden hat. Von 1989 bis 1992 fiel das BIP um 32 Prozentpunkte; ein Drittel aller Beschäftigten wurde entlassen, die Realeinkommen sanken auf 23 Prozent des Ausgangsniveaus (Wielgohs 2001: 136). Auch in den Folgejahren wurde ein radikaler Liberalisierungskurs beibehalten, indem z.B. ein *currency board* eingerichtet, Außenzölle abgeschafft und auf eine aktive Rolle des Staates in der Beschäftigungspolitik weitgehend verzichtet wurde.

Die beiden anderen baltischen Staaten, die am Anfang der Transformation nicht den estnischen Weg der Radikalreform wählten, haben nach einer etwas längeren Anlaufphase ebenfalls tief greifende Reformen eingeleitet (Plötz/Polkowski 2002). Das Erbe der Sowjetunion wiegt jedoch in allen drei Fällen schwer. Nicht nur in Estland, sondern auch in den beiden Nachbarrepubliken fiel das Outputniveau in den ersten Nachtransformationsjahren dramatisch. Im Jahre 1995, zu Beginn der ersten Wachstumsphase nach dem „Tal der Tränen“, betrug das reale Bruttoinlandsprodukt in Lettland 51, in Litauen 40 Prozent des Wertes aus dem Jahre 1989 (EBRD 1996: 112).<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> Nach derselben Quelle traf es Lettland und Litauen sogar noch stärker als Estland, das auf lediglich 64 Prozent des Niveaus von 1989 gesunken war.

Die Gründe dafür sind zweifelsohne in der auf Arbeitsteilung angelegten innersowjetischen Wirtschaftsstruktur zu suchen. Im Gegensatz etwa dazu pflegten etwa die später so genannten Vyšegrad-Staaten einen gewissen Handel untereinander, verfügten ihrerseits über wesentlich größere Binnenmärkte und waren somit direkt und indirekt nicht so stark abhängig vom (post)sowjetischen Binnenmarkt (Janos 2000: 307), der bekanntlich zeitgleich in eine noch größere Krise geriet. Die baltischen Staaten mussten also auch noch fast ihre gesamte Wirtschaftsstruktur umorientieren,<sup>8</sup> während die übrigen Staaten Mitteleuropas „nur“ eine Transition in Richtung Marktwirtschaft in Angriff nehmen mussten.

Im Gegensatz wiederum zu den fünf neuen Ländern der Bundesrepublik – hier war der Strukturbruch, wenn auch aus leicht verschobenen Gründen, ähnlich einschneidend – standen keine finanziellen Transfers zum Abfangen der doppelt induzierten Produktionseinbrüche zur Verfügung. Für die baltischen Staaten konnte es also zunächst nur darum gehen, das sowjetische Erbe gründlich zu überwinden. Die Überwindung des Transformationstals musste langsamer als in den mitteleuropäischen Nachbarstaaten verlaufen, der Umbau dagegen vollzieht sich eher nach dem Muster der Vorreitergruppe.

Die letzte Gruppe, bestehend aus Bulgarien und Rumänien, fällt gegenüber den Staaten Mitteleuropas deutlich ab. Beide Länder haben mit der zusätzlichen Bürde eines zweiten Transformationstals in der Mitte der 1990er Jahre zu kämpfen, das durch die fehlgeschlagene Politik eines langsamen Übergangs verursacht wurde (Oschlies 1994; Spenner u.a. 1998). Erst 1996 in Rumänien und 1997 in Bulgarien kamen daraufhin zum ersten Mal „Reformkräfte“ mit entsprechenden wirtschaftspolitischen Vorstellungen an die Macht.

Zusammengefasst gibt es am Ende des Beitrittsprozesses deutliche Unterschiede bei der Performanz der neuen EU-Mitglieder. Estland, Slowenien und Ungarn sind analytisch kaum noch von dem politischen und wirtschaftlichen Modell zu unterscheiden, das nicht zuletzt von der Europäischen Union in den Kopenhagener Kriterien von 1993 vorgegeben wurde. Lettland, Litauen und Tschechien weisen im Vergleich dazu in Teilbereichen Aufholdefizite auf. In Litauen funktionieren Rechtsstaat und Verwaltung transparenter und effektiver als in Lettland; damit bestehen im einen Fall bessere Aussichten für die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung als im anderen. Tschechien mit den weit fortgeschrittenen Reformen und den Defiziten im administrativen und justiziellen Bereich bleibt ein inkonsistenter Fall. Nicht auszuschließen ist allerdings, dass die von tschechischen Eliten nicht nur hinter vorgehaltener Hand geäußerte Skepsis gegenüber der Funktionsweise der gegenwärtigen EU die Einordnung durch die von EU-Kommission beauftragten Experten beeinflusst hat.

---

<sup>8</sup> Ein von Michail Gorbachev initiiertes Boykott von Energie und Rohstoffen als Reaktion auf die Souveränitätsbemühungen der baltischen Staaten tat ein Übriges (Butenschön 2002: 150).

Polen und die Slowakei hingegen sind trotz der unterschiedlichen Ausgangsdiagnosen (*Big bang* versus *Crony state*) in die dritte Gruppe einzuordnen, in der klientelistische Strukturen, mäßige Wachstumsaussichten und verhaltene Verwaltungs- und Justizreformen andeuten, dass die Systemtransformation tatsächlich nicht abgeschlossen ist. Die Vollendung einmal angestrebter Reformen ist jedoch weder ein Naturgesetz noch aus theoretischer Perspektive erwartbar (Wiesenthal 1997). Mit Griechenland hält die EU sogar selbst einen Fall bereit, bei dem sich trotz einer über zwanzigjährigen Mitgliedschaft der sozioökonomische Abstand zum EUDurchschnitt kaum verringert hat (Markou/Nakos/Zahariadis 2001).

### 3 Parteipolitische Prägungen und Konstellationen

In den Auseinandersetzungen darüber, welche Akteure und Konstellationen bei der Analyse der Systemtransformation beachtet werden müssen, pendelt die Transformationsforschung der dritten Generation zwischen den Ansätzen der Pfadabhängigkeit und einem beschränkten Akteursansatz (vgl. nochmals Wiesenthal 2001: 27). Im Sinne der Pfadabhängigkeit zu interpretieren sind Transformationsergebnisse, wenn sie überwiegend aus (sozialistischen oder vorsozialistischen) historischen Eigenarten der Einzelfälle und sich daraus entwickelnden Funktionslogiken erklärt werden können (Arthur 1995; Stark/Bruszt 1998). Beim beschränkten Akteursansatz wird – etwa im Gegensatz zum ungebrochenen Optimismus von Przeworski (1992) – davon ausgegangen, dass Akteure zum einen aufgrund begrenzter Ressourcen und Informationsmöglichkeiten nur über eine „begrenzte Rationalität“ verfügen (Lindenberg 1985; March 1986) und sich zum anderen in vorgegebenen Situationen befinden, in denen sie auf kontingente Herausforderungen reagieren müssen und daher kaum über Spielräume für umfassende Reformen verfügen (Wiesenthal 1997).

Wenn nun in der Empirie nach Akteuren oder Entscheidungszentren zur (allerdings eben nur begrenzt möglichen) Steuerung gesucht wird, müssen sowohl deren „traditionelle“ Grundverständnisse wie auch die kontingenten Handlungsrestriktionen berücksichtigt werden. Als Handlungszentren rücken dabei unweigerlich nationale Regierungen und die sie tragenden politischen Kräfte in den Blick. Weder internationale Organisationen noch intermediäre Verbandsstrukturen haben in den Staaten Mitteleuropas die Politik der neuen Demokratien letztinstanzlich beeinflussen können.

Nachdem in den ersten Jahren der Systemtransformation die Parteienlandschaft einem schnellen Wechsel unterlegen war und in vielen Fällen eher von „Proto-“ oder „Pseudoparteien“ auszugehen war (Beyme 1994: 279), konnten sich ab etwa Mitte der neunziger Jahre die Regierungen immer stärker auf Parteien mit einer gesellschaftlichen Verankerung stützen. Allerdings entwickelte

sich aus verschiedenen Gründen in keinem der zentraleuropäischen Staaten eine Parteibindung der Politik in dem aus Westeuropa bekannten Maße: Die vergleichsweise kurze Phase der freien Assoziierung von Interessen verhinderte stabile Beziehungen zwischen gesellschaftlichen und politischen Gruppen; die rapide soziale und wirtschaftliche Transformation ließ nur in wenigen Bereichen fest umrissene soziale Gruppen entstehen, die zur politischen Artikulation fähig waren; die umfassende Bürokratisierung der sozialistischen Gesellschaften begünstigte einen technokratischen Politikstil, der die Mitwirkung von Nichtexperten nicht zwingend voraussetzte. Das Modell der Massenpartei nach Duverger (1976) konnte sich also in Mitteleuropa nicht durchsetzen. Stattdessen entstanden im günstigsten Fall Kartellparteien (Katz/Mair 1995), die sich in ihren Ressourcen auf den Staat stützen und keine allzu symbiotischen Beziehungen zu ihren Wählern entwickeln.

Mangels alternativer Machtzentren entwickelte sich in allen mitteleuropäischen Staaten seit etwa Mitte der neunziger Jahre eine auf Parteien (und Fraktionen) gegründete Herrschaft. Wenn auch die Volatilitätsraten innerhalb der Parteiensysteme hoch blieben (vgl. Beichelt 2003), herrscht eine relative Stabilität. Konflikte über die grundsätzliche Ausrichtung des Regimes, z.B. hinsichtlich der angestrebten Wirtschaftsform oder der außenpolitischen Orientierung, fanden kaum noch statt. Die slowakischen Wahlen von 1998, bei den Vladimír Mečiar abgelöst wurde, stellten wohl eine letzte derartige Richtungsentscheidung dar (Schneider 1999); diese Tatsache unterscheidet die neuen EU-Mitglieder seit Mai 2004 vom Rest der postsozialistischen Staaten.

Auf der Ebene der Parteiensysteme hatte sich damit wenige Jahre nach der Beseitigung der Einheitsparteien ein Großkonsens ergeben. Innerhalb des Modells der liberalen repräsentativen Demokratie wurde eine marktwirtschaftliche Ordnung angestrebt, die dem (in sich nicht homogenen) westeuropäischen Modell insoweit entspricht, als a) die Grundlage des Wirtschaftslebens der freie Markt ist, b) der staatliche Sektor bestimmte Aufgaben im Bereich öffentlicher Güter übernimmt, c) der Staat bei der wirtschaftlichen und sozialen Transformation eine aktive Rolle spielt, d) der Sozialstaat die Nichterwerbsfähigen auffängt und e) – eine Art Substrat der genannten Punkte – die Eingliederung in die Europäische Union als sich zunehmend supranationalisierende Organisation erfolgen soll (Beichelt 2001: 177-240).

An dieser Stelle muss wohl in erster Linie mit dem Konzept der Pfadabhängigkeit argumentiert werden, wenn die Grobkonvergenz des politischen Mitteleuropa erklärt werden soll. Die sozialistischen Regimes waren dem westlichen Modell nicht nur an Effektivität, Legitimität und Flexibilität deutlich unterlegen – dies erklärt das Scheitern „dritter Wege“, die bei den Intellektuellen Mitteleuropas durchaus Popularität genossen (Sik 1972; Konrád 1985). Sie brachten auch einen jegliche Wirtschafts- und Sozialpolitik in hohem Maße einengenden Problemkomplex in die Transformation ein: einen, gemessen am Entwicklungs-

grad der Wirtschaft, deutlich überdimensionierten Wohlfahrtsstaat (Kornai 1995). Der Schock, der die sozialistischen Wirtschaften zu Beginn der 1990er Jahre traf, musste zwingend mit beträchtlichen und mittelfristig nicht zu überwindenden Härten für die Bevölkerung einhergehen.

Die Durchführung einer liberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik lag daher weithin außerhalb des Entscheidungsspektrums, das den Regierungen zur Verfügung stand. Zwar wurde anfangs zwischen einer gradualistischen und schocktherapeutischen Herangehensweise an die wirtschaftliche Transformation unterschieden (Fischer/Gelb 1991; auf der anderen Seite Murrell 1995). Aber diese Unterscheidung ist nicht nur für den letztendlichen Erfolg der Transformationspolitik von untergeordneter Bedeutung (Beyer 2001). Im Rückblick kann gar nicht mehr als sicher gelten, ob es überhaupt schocktherapeutische Herangehensweisen gegeben hat, die diesen Namen auch für die mittelfristige Perspektive verdienen. Wie es scheint, haben die *Chicago boys* in der wissenschaftlichen Publizistik (Sachs 1989; Aslund 2001) größere Erfolge gehabt als in der osteuropäischen Wirklichkeit. In Tschechien wurde die liberale Reformrhetorik von Václav Klaus von ausbleibenden Reformen im Bankensektor konterkariert (Palda 1997). Und auch beim polnischen Fall, dem vermeintlichen Paradebeispiel des *Big bang*, haben empirisch orientierte Studien – im Gegensatz zu wirtschaftstheoretisch inspirierten Idealbildern (vgl. Sachs 1989) – immer wieder das eher langsame Reformtempo in vielen Problembereichen unterstrichen (Meaney 1997; Hausner/Marody 1999: 125).

Es verwundert mithin nicht, dass in der wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik der *Mainstream*-Parteien Mitteleuropas eine hohe Übereinstimmung zu verzeichnen war und ist. Sowohl sozialdemokratische, christdemokratische als auch konservative Parteien vertraten (und vertreten) ein „sozialliberales“ Profil, in dem zwar den Marktmechanismen prinzipiell zum Durchbruch verholfen werden sollte, auf der anderen Seite aber versucht wurde, auch vorübergehend nicht konkurrenzfähige Unternehmen und Sektoren im Sinne einer minimalen Sozialverträglichkeit zu erhalten (Beichelt 2001: 223-240).

Davon unterscheiden lassen sich in wirtschaftspolitischer Hinsicht zwei Gruppen von Parteien.<sup>9</sup> Liberale Parteien setzen stärker auf Marktkräfte in dem Sinn, dass sie wirtschaftlichen Strukturwandel auch gegen sektorale Interessen im eigenen Land zulassen; gleichzeitig wird ein minimaler oder auf jeden Fall schlanker Wohlfahrtsstaat befürwortet. Demgegenüber sind zentristische, postsozialistische und nationalistische Parteien in Mitteleuropa zwar nicht gegen jeglichen Strukturwandel, sehen jedoch für bestimmte Bereiche der Volkswirtschaft (Energie, Transport, Telekommunikation, andere infrastrukturelle Sekto-

---

<sup>9</sup> An dieser Stelle beschränkt sich die Analyse auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen und vernachlässigt anderer wichtiger Aspekte (z.B. soziokulturelle Konflikte, Auseinandersetzung mit der sozialistischen Vergangenheit).

ren) eine maßgebliche Rolle des Staates; daneben soll der Wohlfahrtsstaat umfassende Sicherungen bereitstellen.

Der Blick auf die Empirie der Parteiensysteme Mitteleuropas zeigt, dass der sozialliberale Konsens in einigen Ländern verbreiteter war als in anderen. Während in Litauen und Ungarn der ganz überwiegende Anteil der in den letzten drei Legislaturperioden in den Parlamenten vertretenen Parteien tatsächlich eine sozialliberal ausgerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik vertrat, sinkt dieser Anteil in Staaten wie Estland, Polen und der Slowakei deutlich ab. Selbst in diesen Staaten haben jedoch mehr als die Hälfte der Parteien eine sozialliberale Linie vertreten.

Allerdings existieren natürlich in den Parteiensystemen zusätzliche Konfliktlinien, welche die Übereinstimmung in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht nicht automatisch in mehrheitliche Unterstützung einer solchen Politik ummünzen. Das Ziel parlamentarischer Opposition ist in aller Regel der konkurrierende Machterwerb, so dass themenbezogene Zusammenarbeit in der Praxis häufig nicht zustande kommt (vgl. Helms 2002). In Mitteleuropa wurden Wahlen in jüngerer Zeit gerade nicht auf der sozioökonomischen Schiene entschieden; vielmehr waren soziokulturelle Themen wie die Stellung der Nation oder der Umgang mit der sozialistischen Vergangenheit wahlentscheidend (Freudenstein/Czyrny 2001; Vetter 2002).

Damit gewinnen auf der sozioökonomischen Ebene trotz des Übergewichts sozialliberaler Vorstellungen solche Kräfte an Bedeutung, die von sozialliberalen Partnern zur Koalitionsbildung benötigt werden. Nach dem hier verwandten Schema können sozialliberale Programme von zwei Seiten kommen, nämlich aus liberaler sowie antiliberaler (d.h. von zentristischer, sozialistischer oder nationaler) Richtung. Kann in einem Land keine Regierung aus wirtschaftspolitisch sozialliberal eingestellten Parteien gebildet werden, verfügen koalitionswillige Partner dann über Möglichkeiten zur Beeinflussung der Wirtschaftspolitik, wenn sie über Blockademacht (im Sinne von Sartoris "blackmail potential", vgl. Sartori 1976) verfügen. Tabelle 4 listet auf, wie sich die politischen Verhältnisse in den einzelnen Ländern in den vergangenen zehn Jahren der Systemtransformation dargestellt haben.

Tab.4 Verteilungen wirtschaftspolitischer Programmansätze in den Parteiensystemen Mitteleuropas

Partei-familie	Programm	Wichtigste Parteien (ca. 1994-2002*)	Anteil der Parlaments-sitze (in %)
Liberale Parteien	Inkaufnahme schnellen wirtschaftlichen Strukturwandels,	<i>Estland</i> : Isamaalit, Reformpartei (RE)	30
		<i>Lettland</i> : Vaterland und Freiheit (TB)	15
		<i>Litauen</i> : keine	0

	Minimaler Wohlfahrtsstaat	<i>Polen:</i> Freiheitsunion (UW), Bürgerplattform (PO) <i>Slowakei:</i> keine <i>Slowenien:</i> keine <i>Tschechien:</i> Freiheitsunion (US) <i>Ungarn:</i> keine	15 0 0 5 0
Sozialliberale Parteien	Ziel: verlangsamer Strukturwandel, Wohlfahrtsstaat: Absicherung von Lebensrisiken	<i>Estland:</i> Zentrumspartei (K), Koalitionspartei (KE), Gemäßigte (M) <i>Lettland:</i> Lettlands Weg (LC), Neue Partei, Sozialdemokratische Vereinigung, Neue Āra, Erste Partei (LPP) <i>Litauen:</i> Vaterlandsbund (TS-LK), Arbeitspartei (LDDP), Christdemokraten (LKDP), Sozialdemokraten (LSDP) <i>Polen:</i> Demokratische Linke (SLD), AWS, Recht und Gerechtigkeit (PiS) <i>Slowakei:</i> Demokratische Koalition (SDK) sowie Bestandteile, Demokratische Linke (SDL), Bürgerverständigung (SOP) <i>Slowenien:</i> Liberaldemokraten (LDS) und Bestandteile, Christdemokraten (SKD), Sozialdemokraten (SDSS), Volkspartei (SLS), Neue Christl. Volkspartei (NSI) <i>Tschechien:</i> Bürgerpartei (ODS), Sozialdemokraten (ČSSD), Christdemokraten (KDU-ČSL) <i>Ungarn:</i> Dem. Forum (MDF), Junge Demokraten (FIDESZ-MPP), Freie Demokraten (SZDSZ), Sozialisten (MSZP)	65 70 100 65 60 80 80 95

## Fortsetzung Tab.4

Zentristische, post-sozialistische, post-nationalistische Parteien	Langsamer Strukturwandel; Kontrolle des Staates über „strategische“ Sektoren, Wohlfahrtsstaat: Absicherung unabhängig von individuellen	<i>Estland:</i> russ. Parteien <i>Lettland:</i> Volkspartei, Für Menschenrechte in einem Vereinten Lettland <i>Litauen:</i> Bauernpartei (LVP) <i>Polen:</i> Bauernpartei (PSL), Liga der poln. Familien (LPR), Samoobrona <i>Slowakei:</i> Vereinigung der Arbeiter (ZRS), Bewegung für dem. Slowakei (HZDS), Nationalpartei (SNS)	5 15 0 20 40
--	---	---	--------------------------



Risiken	<i>Slowenien</i> : Pensionäre (DeSuS), Nationalpartei (SNS), Vereinigte Liste (ZLSD),	20
	<i>Tschechien</i> : Kommunisten (KSČM), Republikaner (SPR-RSČ)	15
	<i>Ungarn</i> : Kleinlandwirte (FKGP), Wahrheits- und Lebenspartei (MIEP)	5

\* Wegen zahlreicher Fraktionswechsel und Zweifeln bei der Zuordnung in einigen Fällen handelt es sich um ungefähre Angaben mit einer Fehlermarge von +/-5 Prozent. Zugrunde gelegt werden jeweils die Ergebnisse der letzten drei Wahlen, rückwärts betrachtet ab April 2003.

Tab.5 Blockademacht in den Parteiensystemen Mitteleuropas\*

		Blockademacht für liberale Parteien	
		Ja	Nein
Blockademacht für antiliberalen Parteien	Ja	Lettland Polen	Slowakei Slowenien Tschechien
	Nein	Estland	Litauen Ungarn

Quelle: vorhergehende Tabelle, \* Signifikantes Blackmail-Potenzial ab einem Wert >5 Prozent.

In Litauen und Ungarn hat demnach keine mögliche Parteienkoalition Opposition gegen einen sozialliberalen Kurs zu erwarten gehabt. In diesen beiden Ländern wäre demnach ein relativ ungebrochenes sozialliberales Profil in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu erwarten. In Estland haben (neben der tendenziell antiliberalen Opposition der russischen Minderheitsparteien) vor allem liberale Parteien die Möglichkeit gehabt, sozialliberale Regierungen in ihrem Sinne zu beeinflussen; zu erwarten sind liberale Abweichungen vom sozialliberalen Konsens.

In der Slowakei, in Slowenien und Tschechien mussten sich mögliche Regierungen hingegen auf eine Auseinandersetzung mit antiliberalen Kräften einstellen. Hier dürfte die sozialliberale Ausrichtung der Wirtschaftspolitik somit mindestens zeitweise zugunsten einer stärker definierten Rolle des Staates aufgegeben worden sein. In Lettland und Polen ist die sozialliberale Mitte von zwei Seiten gefährdet. Sowohl liberale<sup>10</sup> wie antiliberalen<sup>11</sup> Parteien konnten

<sup>10</sup> *Vaterland und Freiheit* (TB) in Lettland, die *Freiheitsunion* (UW) sowie die Bürgerplattform (PO) in Polen.

zeitweise einen beträchtlichen Anteil der Parlamentsmandate unter ihre Kontrolle bringen. Damit ist von einem „Stop-and-go“, d.h. einem Pendeln zwischen zeitweise eher liberalen und zeitweise eher antiliberalen Politikzielen auszugehen.

Weiteren Aufschluss gibt eine Auflistung der Regierungsbeteiligung liberaler und antiliberaler Parteien während der letzten drei Legislaturperioden. In Estland und Lettland kann der Einfluss liberaler Parteien auf das Regierungshandeln als beträchtlich bezeichnet werden. In Estland konnte *Isamaalit* (in der für das Ausland gängigen Bezeichnung: *Pro Patria*) – von 1999-2003 mit der Unterstützung der *Reformpartei* – zwischen 25 Prozent und 28 Prozent aller Parlamentssitze erringen und auch mehrmals den Premierminister stellen. In Lettland ist die etwas kleinere liberale Partei *Vaterland und Freiheit* (1995: 14,0 Prozent, 1998 und 2002: jeweils 17,0 Prozent) seit 1995 durchgehend an der Regierung beteiligt – ein klares Indiz für einen eher liberalen wirtschaftspolitischen Kurs im Regierungshandeln. In Polen, wo die *Freiheitsunion* von 1997-2001 in einer eher instabilen Regierung vertreten war, und in Tschechien, wo seit 2002 die von der *Bürgerpartei* (ODS) abgespaltene *Freiheitsunion* Teil einer Mitte-Links-Koalition ist, spielt der Regierungseinfluss liberaler Parteien dagegen eine weniger bedeutende Rolle.

Antiliberaler Parteien sind hingegen in Polen, der Slowakei und Ungarn zeitweise an Regierungen beteiligt gewesen. Die polnische *Bauernpartei* (ZSL) hat von 1993-1997 und von 2001-2003<sup>12</sup> jeweils als Juniorpartnerin einer von der *Demokratischen Linken* (SLD) geführten Regierung fungiert. Mit fast 30 Prozent der Sitze hatte sie während der ersten Regierungsbeteiligung beträchtliches Gewicht, das mit 9,1 Prozent der Mandate nach 2001 zurückging. In der Slowakei regierte von 1994-1998 ein deutlich antiliberales Bündnis mit Beteiligung zweier extremistischer Parteien. Die *Vereinigung der Arbeiter* (ZRS) und die *Nationalpartei* (SNS) verließen die Koalition jedoch vor Ablauf der Amtszeit, sodass ein zwar markanter, aber doch wenig ausdauernder Einfluss antiliberaler Kräfte angezeigt werden muss. In Ungarn schließlich war die *Partei der Kleinen Landwirte* mit dem Landwirtschaftsminister József Torgyán von 1998-2002 mit 12,4 Prozent der Mandate an der Regierung beteiligt.

Tab.6 Vertretung der Parteifamilien in Regierungen

	Regierungen mit maßgeblicher Beteiligung liberaler Parteien	Regierungen mit maßgeblicher Beteiligung antiliberaler Parteien
--	---	---

<sup>11</sup> *Volkspartei* und die neue Partei *Für Menschenrechte in einem Vereinten Lettland* sowie *Bauernpartei* (PSL), *Liga der polnischen Familien* (LPR) und *Samoobrona* in Polen.

<sup>12</sup> Anfang März 2003 wurde der ZSL von Ministerpräsident Miller (SLD) infolge einer verlorenen Abstimmung im Sejm die Regierungsbeteiligung entzogen.

Estland	1992-1995: Isamaalit <sup>13</sup> 1999-2003: Isamaalit und RE	Keine
Lettland	1995-1998: TB 1998-2002: TB <sup>14</sup> seit 2002: TB	Keine
Litauen	Keine	Keine
Polen	1997-2001: UW	1993-1997: ZSL 2001-2003: ZSL
Slowakei	Keine	1994-1998: HZDS, zeitweise ZRS und SNS
Slowenien	Keine	Keine
Tschechien	seit 2002: US	Keine
Ungarn	Keine	1998-2002: FKGP

Im Hinblick auf die mitteleuropäischen Staaten wird damit deutlich, dass auf der politischen Ebene der Pfadabhängigkeitsansatz mit dem Fortlauf der Transformation an Bedeutung verloren hat. Das Argument, der Ausgang der ersten Wahlen nach dem Systemzusammenbruch sei von vorrangiger Bedeutung für den weiteren Transformationsverlauf, gilt mit zunehmendem zeitlichem Abstand nicht mehr.

Die Regierungsbeteiligung antiliberaler Kräfte war vielmehr eine Folge gescheiterter Vorgängerregierungen. Die polnische Mitte-Rechts-Regierung aus AWS und UW von 1997-2001 konnte den Wachstumskurs früherer Regierungen nicht halten und wurde (von einer in diesem Punkt ebenfalls wenig erfolgreichen Regierung) abgelöst. Ähnlich war es in Ungarn, als die Wähler 1998 ihre Unzufriedenheit mit der von den Sozialisten angeführten Regierung ausdrückten (Schopflin 1998). Lediglich in der Slowakei galt die Hypothese, dass frühe Wahlerfolge die strategischen Chancen antiliberaler Kräfte dauerhaft erhöhen. Selbst wenn die HZDS seit 1998 nicht mehr an der Macht ist, hat sie seitdem doch in jeder Wahl den größten Anteil der Stimmen und Mandate an sich ziehen können. Letztendlich scheinen die Länder Mitteleuropas damit tat-

<sup>13</sup> War in beiden Regierungen (Laar, Tarand) der Legislaturperiode vertreten.

<sup>14</sup> War in allen drei Regierungen (Kristopans, Škēle, Berzins) der Legislaturperiode vertreten (Reetz 2002).

sächlich in der (nach Huntington 1991) für die Konsolidierung kennzeichnenden Phase regelmäßiger Regierungswechsel ohne Anzeichen auf einen Regimewechsel angekommen zu sein.

#### 4 Fazit: Kräfteverteilung und *policy-output* in Mitteleuropa

Lassen sich nun Zusammenhänge zwischen der parteipolitischen Prägung der einzelnen Systeme sowie den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen am Vorabend der EU-Osterweiterung herstellen? Ein Blick auf Tabelle 8 zeigt zunächst, dass einiges für einen Zusammenhang zwischen anti-sozialliberaler Blockademacht und wirtschaftlichen Erfolgen spricht. Quasi-konsensuale politische Situationen, in denen sozial-liberale Kräfte über Mehrheiten von an die 80 Prozent verfügten, sind in Slowenien, Tschechien und Ungarn mit einem – aus heutiger Sicht – nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung verbunden. Dieser Aufschwung besteht allerdings nicht alleine in der von der Transformationsforschung häufig in den Mittelpunkt gestellten Wachstumsrate. Vielmehr handelt es sich um einen Ausgleich zwischen den wirtschaftspolitischen Zielen des magischen Dreiecks Wachstum, Inflation und Arbeitslosigkeit (vgl. nochmals Tabelle 2).

In Polen und der Slowakei dagegen, wo nicht von einem Konsens, sondern nur noch von einer Mehrheit für den sozial-liberalen Kurs gesprochen werden kann, haben auch die wirtschaftspolitischen Erfolge gelitten. Die Muster unterscheiden sich allerdings. Während in der Slowakei während einer bestimmten Phase dezidiert anti-liberale Kräfte über eine strukturelle Mehrheit verfügten und die Regierung stellten, wurden die sozial-liberalen Kräfte in Polen von liberalen und anti-liberalen Parteien in die Zange genommen. Die HZDS in der Slowakei verfolgte während besagter Phase bewusst einen auf Altkadern ruhenden korporatistischen Kurs der Wirtschaftskoordination. In Polen dagegen neigte sich das Pendel während der Regierungsbeteiligung der *Freiheitsunion* in die von internationalen Organisationen bevorzugte Richtung, um dann während den von der *Bauernpartei* (PSL) mitgetragenen Regierungen eine Politik zu betreiben, die den Interessen der vom Systemwechsel besonders hart betroffenen Bauern und Arbeitern der Schwerindustrie entgegenkam.

Tab.7 Blockademacht (Parlamentsanteil in Klammern) und wirtschaftliche Erfolge der Systemtransformation in Mitteleuropa

	<i>Erfolgreiche Systemtransformation</i>	<i>Schneller Aufholprozess</i>	<i>Erhalt von Strukturproblemen</i>

<i>Sozial-liberaler Konsens</i>	Ungarn	Litauen	
<i>Liberales Blackmail-Potenzial</i>		Estland (30)	
<i>Antiliberales Blackmail-Potenzial</i>	Slowenien (20) Tschechien (15)		Slowakei (40)
<i>Blackmail-Potenzial von zwei Seiten</i>		Lettland (15+15)	Polen (15+20)

Quellen: Tabellen 3 und 5, siehe oben.

Der schnelle Aufholprozess der baltischen Staaten erscheint dagegen von politischen Konstellationen relativ unbeeinflusst zu sein. In vielen Studien wird dies mit der generell (wirtschafts-)liberalen Einstellung aller Parteien des *mainstream* begründet (Linz/Stepan 1996; Reetz 2002). Demzufolge wären auch die „anti-liberalen“, Kräfte – z.B. die *Volkspartei* und *Für Menschenrechte in einem Vereinten Lettland* – verkappte sozial-liberale Parteien. Hier ist zu betonen, dass komparative Analysen der mitteleuropäischen Parteiensysteme unter Einbeziehung aller drei baltischen Staaten wegen der hohen Volatilität nur in veralteter Form vorliegen (Beyme 1994; Beichelt 2001).<sup>15</sup>

Insgesamt wird bei der Betrachtung einiger wirtschafts- und sozialpolitischer Indikatoren deutlich, dass sich im mitteleuropäischen Raum unterschiedliche wirtschaftspolitische Regimes zu entwickeln beginnen. Insbesondere in Estland und Litauen hat sich die Abwesenheit anti-liberaler politischer Kräfte in eine im gesamteuropäischen Vergleich überaus liberale Wirtschaftspolitik übersetzt. Zu Beginn der Systemtransformation waren beide Länder als ehemalige UdSSR-Republiken mit sowjetischen, nicht nur mit sozialistischen *Legacies* konfrontiert. Dennoch war der Anteil der Staatsausgaben zehn Jahre nach dem Systemwechsel auf deutlich unter 40 Prozent gesunken,<sup>16</sup> während gleichzeitig vergleichsweise geringe Budgetdefizite auf einen zurückgenommenen Anspruch des Staates zur Steuerung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik hinweisen (vgl. Tabelle 8).

Auf der anderen Seite wird durch die Indikatoren in den Vyšegrad-Staaten – wobei Lettland und Slowenien als Grenzfälle zwischen liberalem und sozial-

<sup>15</sup> Eine mögliche und z.T. ergiebige Quelle ist Bugajski (2002), der allerdings vorwiegend deskriptiv und kaum analytisch vorgeht.

<sup>16</sup> In der EU-15 betrug der Anteil der Staatsausgaben im Durchschnitt 47,0 Prozent (Eurostat 2002: 183).

liberalem Modell angesehen werden – eine deutlich aktivere Rolle des Staates in Wirtschafts- und Sozialpolitik dokumentiert. Besonders die seit Jahren hohen Budgetdefizite weisen auf eine auch in den politischen Diskursen der einzelnen Länder zu beobachtende Verantwortung des Staates für von der Systemtransformation benachteiligten Gruppen hin. Wie im vorherigen Abschnitt dokumentiert, geschieht dies in Übereinstimmung mit der programmatischen Ausrichtung der meisten Parteien in Mitteleuropa.

Tab.8 Wirtschafts- und sozialpolitische Indikatoren

		Anteil der Staatsausgaben am BIP, 2000-2002	Budgetdefizit, 2000-2002	GINI-Index, 1996-1998
liberales Modell	Litauen	31,6	-2,0	32,4
	Estland	38,6	+0,3	37,6
Grenzfälle	Lettland	39,0	-2,6	32,4
	Slowenien	44,0	-1,8	28,4
sozial-liberales Modell	Polen	44,5	-4,8	31,6
	Tschechien	45,4	-5,6	25,4
	Slowakei	47,7	-4,3	k.a.
	Ungarn	58,3	-6,0 <sup>17</sup>	24,4

Der Begriff des „sozial-liberalen“ Modells erscheint dabei vorläufig zur Vermeidung unerwünschter Assoziationen angebracht. Bei einer historischen Nachzeichnung käme in Zukunft möglicherweise die durch Esping-Andersen (1990) eingeführte Zuordnung zu einem sozial-demokratischen oder korporatistischen Wohlfahrtsstaatsregime in Frage. Für die langfristige Entwicklung zum sozial-demokratischen Modell sprechen die *Legacies* der Beschäftigungsgarantie sowie der allgemein egalitären Elemente im sozialistischen Regime. In Verbindung mit der Verheißung der politischen Gleichheit im demokratischen Regime entsteht aus theoretischer Sicht starker Druck auf die Regierenden post-sozialistischer Regimes zur Protektion der Gruppen, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen.

Auf der anderen Seite sprechen jedoch in einigen Ländern der Fortbestand alter Seilschaften und die fortgesetzte Verquickung der staatlichen Bürokratien mit dem ökonomischen Sektor – beides in den Fortschrittsberichten der Kom-

<sup>17</sup> Der hohe Wert ist u.a. durch ein Budgetdefizit von 9,9 Prozent im Jahre 2002 bedingt, von dem etwa drei Prozentpunkte auf Einmalausgaben zurückgehen (EBRD 2002 update: 62).

mission in unterschiedlichem Maße dokumentiert – für das korporatistische Modell. Hinzu kommt mindestens in Polen die von der katholischen Kirche gepflegte Berufung auf die polnische Nation. Damit besteht eine in allen konservativen Wohlfahrtsstaaten zu beobachtende Traditionslinie (Esping-Andersen 1990: 40). Als Bezeichnung für ein Regime der Wirtschafts- und Sozialpolitik steht der Sozialliberalismus damit für ein Modell, in dem sich sowohl der sozial-demokratische wie auch der konservative bzw. korporatistische Wohlfahrtsstaat im Sinne Esping-Andersens wieder finden.

Fünfzehn Jahre nach dem Beginn der Systemtransformation in Polen und Ungarn verschieben sich somit die Schwerpunkte in der Postsozialismusforschung erneut. Während sich die dritte Generation der Transformationsforschung die empirienahe Erklärung von Transformationspfaden zur Aufgabe gemacht hatte, geraten nunmehr die Pfade *in* verschiedenen Modellen der Organisation gesellschaftlicher Interessen in den Blick. Die in diesem Text verwandten Konzepte vom Rechtsstaat über den Misery-Index bis zum Wohlfahrtsstaat weisen darauf hin, dass damit nicht eine vierte Generation der Transformationsforschung, sondern vielmehr ein neuer Stammbaum der gesamteuropäisch vergleichenden Politikwissenschaft im Entstehen ist. Das diffuse „something else“, (O'Donnell/Schmitter 1986) am Ende der Transformationsprozesse lässt sich nicht weiter im Unbestimmten halten. Die Entwicklung der Transformationsregimes zu mitteleuropäischen Wohlfahrtsstaaten unterschiedlicher Prägung ist in vollem Gange.

## Literatur

- Arthur, W. Brian, 1995: Increasing returns and path dependence in the economy. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Aslund, Anders, 2001: The Advantage of Radical Reform. In: Journal of Democracy, vol. 12, no. 4, S. 42-48.
- Beichelt, Timm, 2001: Demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa. Die Rolle der politischen Institutionen. Opladen: Leske+Budrich.
- Beichelt, Timm, 2003: EU-Osterweiterung: eine Bürde für Repräsentation und Legitimation in den Beitrittsländern? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, vol. 34, no. 2, S. 257-269.
- Beyer, Jürgen, 2001: Jenseits von Gradualismus und Schocktherapie - Die Sequenzierung der Reformen als Erfolgsfaktor. In: Helmut Wiesenthal (Hrsg.): Gelegenheit und Entscheidung: Politics und policies erfolgreicher Transformationssteuerung. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 169-190.
- Beyme, Klaus von, 1994: Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt: Suhrkamp.
- Bugajski, Janusz, 2002: Political Parties of Eastern Europe. A Guide to Politics in the Post-Communist Era. Armonk, N.Y.: M.E. Sharp.
- Butenschön, Marianna, 2002: Litauen. München: Beck.

- Dornbusch, Rudiger / Fischer, Stanley, 1990: *Macroeconomics*. Fifth edition. Singapore: McGraw-Hill.
- Duverger, Maurice, 1976: *Les partis politiques*. Paris: Colin.
- EBRD, 1996: *Transition Report 1996. Economic transition in eastern Europe and the former Soviet Union*. London: European Bank for Reconstruction and Development.
- EBRD, 1997: *Transition Report 1997. Enterprise performance and growth*. London: European Bank for Reconstruction and Development.
- EBRD, 2002: *Transition Report 2002. Agriculture and rural transition*. London: European Bank for Reconstruction and Development.
- Esping-Andersen, Gosta, 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Eurostat, 2002: *Eurostat Jahrbuch 2002. Der statistische Wegweiser durch Europa*. Luxemburg: Europäische Kommission.
- Fischer, Stanley / Gelb, Alan, 1991: *The Process of Socialist Economic Transformation*. In: *Journal of Economic Perspectives*, vol. 5, no. 4, S. 91-105.
- Fish, M. Steven, 1998: *The Determinants of Economic Reform in the Post-Communist World*. In: *East European Politics and Societies*, vol. 12, no. 1, S. 31-78.
- Freedomhouse, 2002: *Press Freedom Survey 2002*. Internet: [www.freedomhouse.org](http://www.freedomhouse.org).
- Freudenstein, Roland / Czyrny, Anna, 2001: *Parlamentswahl in Polen: Die Stunde der Populisten?* In: *Konrad-Adenauer-Stiftung Aktuelle Informationen*, no. 10/01, S. 20-48.
- Frischte, Ulrich / Plötz, Peter / Polkowski, Andreas, 1997: *Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa. Estland, Lettland, Litauen*. In: *HWWA-Report Nr. 166* (Hamburg), S.
- Gastil, Raymond D. (Hrsg.), 2002: *Freedom in the World. Political Rights and Civil Liberties*. Freedomhouse Report 2002. New Brunswick/London: Transaction Publishers.
- Gorbatschow, Michail, 1989: *Perestroika. Die zweite russische Revolution*. München: Knaur.
- Haggard, Stephan / Kaufman, Robert R., 1995: *The Political Economy of Democratic Transitions*. Princeton: Princeton University Press.
- Hausner, Jerzy / Marody, Miroslawa (Hrsg.), 1999: *Three Polands: The Potential for and Barriers to Integration with the European Union*. Warszawa: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Helms, Ludger, 2002: *Politische Opposition*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Huntington, Samuel P., 1991: *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*. Norman: University of Oklahoma Press.
- Janos, Andrew C., 2000: *East Central Europe in the Modern World. The Politics of the Borderland from Pre- to Postcommunism*. Stanford: Stanford University Press.
- Karatnycky, Adrian / Motyl, Alexander / Schnetzer, Amanda, 2001: *Freedom in the World: The Annual Survey of Political Rights and Civil Liberties, 2000-2001*. New Brunswick: Freedom House.
- Katz, Richard S. / Mair, Peter, 1995: *Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party*. In: *Party Politics*, vol. 1, S. 5-28.



- Kitschelt, Herbert / Mansfeldova, Zdenka / Markowski, Radoslaw u.a., 1999: Post-Communist Party Systems. Competition, Representation, and Inter Party Cooperation. Cambridge: Cambridge University Press.
- Knogler, Michael, 2002: Arbeitsmarktpolitische Herausforderungen in den EU-Beitrittskandidaten. München: Working Paper des Osteuropa-Instituts München Nr. 235.
- Konrád, György, 1985: Antipolitik. Mitteleuropäische Mediationen. Frankfurt: Suhrkamp.
- Kornai, János, 1995: Highway and byways. Studies on reform and post-communist transition. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Lindenberg, Siegwart, 1985: An Assessment of the New Political Economy: Its Potential for the Social Sciences and for Sociology in Particular. In: Sociological Theory, vol. 3, S. 99-114.
- Linz, Juan / Stepan, Alfred, 1996: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Baltimore/London: Johns Hopkins University Press.
- March, James G., 1986: Bounded Rationality, Ambiguity, and the Engineering of Choice. In: Jon Elster (Hrsg.): Rational Choice. Washington Square: New York University Press, S. 142-170.
- Markou, Christos / Nakos, George / Zahariadis, Nikolaos, 2001: Greece: A European Paradox. In: Eleanor E. Zeff / Ellen B. Pirro (Hrsg.): The European Union and the Member States. Cooperation, Coordination, and Compromise. Boulder: Lynne Rienner, S. 217-233.
- Meaney, Connie Squires, 1997: Foreign Experts, Capitalists, and Competing Agendas. Privatization in Poland, the Czech Republic, and Hungary. In: Beverly Crawford / Arend Lijphart (Hrsg.): Liberalisation and Leninist Legacies. Comparative Perspectives on Democratic Transitions. Berkeley: University of California, S. 91-125.
- Merkel, Wolfgang, 1999: Systemtransformation. Opladen: Leske+Budrich.
- Milanovic, Branko, 1998: Income, Inequality, and Poverty during the Transition from Planned to Market Economy. Washington, D.C.: World Bank.
- Murrell, Peter, 1995: The Transition According to Cambridge, Mass. In: Journal of Economic Literature, vol. 33, S. 164-178.
- O'Donnell, Guillermo A. / Schmitter, Phillippe C. (Hrsg.), 1986: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Offe, Claus, 1991: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa. In: Merkur, vol. 45, 4/1991, S. 279-292.
- Offe, Claus, 1998: Die politisch-kulturelle "Innenseite" der Konsolidierung. Eine Anmerkung über Besonderheiten der postkommunistischen Transformation. In: Hans-Jürgen Wagener / Heiko Fritz (Hrsg.): Im Osten was Neues. Aspekte der EU-Osterweiterung. Bonn: Dietz, S. 110-114.
- Oschlies, Wolf, 1994: Wirtschaftsreform und Reformdebatten in Rumänien. Köln: Berichte des BIOst 42/1994.
- Palda, Kristian, 1997: Czech Privatization and Corporate Governance. In: Communist and Post-Communist Studies, vol. 30, no. 1, S. 83-93.

- Plötz, Peter / Polkowski, Andreas, 2002: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Estland, Lettland und Litauen. Hamburg: HWWA-Report Nr. 219.
- Pridham, Geoffrey, 2000: The dynamics of democratization. A comparative approach. London: Continuum.
- Przeworski, Adam, 1991: Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America. Cambridge: Cambridge University Press.
- Przeworski, Adam, 1992: The Games of Transition. In: Scott Mainwaring / Guillermo O'Donnell / J. Samuel Valenzuela (Hrsg.): Issues in Democratic Consolidation. The New South American Democracies in Comparative Perspective. Notre Dame: University of Notre Dame Press, S. 105-152.
- Reetz, Axel, 2002: Die dritten Parlamente der Esten, Letten und Litauer. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, vol. 33, no. 2, S. 290-305.
- Sachs, Jeffrey, 1989: My Plan for Poland. In: The International Economy, no. 12/1989, S. 24-29.
- Sartori, Giovanni, 1976: Parties and Party Systems. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schmidt, Manfred G., 1995: Wörterbuch zur Politik. Stuttgart: Kröner.
- Schneider, Eleonora, 1999: Machtwechsel in der Slowakei. In: BIOst Aktuelle Analysen, no. 10/1999, S.
- Schopflin, George, 1998: Hungary's Elections: The Dilemma of the Right. In: RFE/RL Newline, no. 29.04.1998, S.
- Sik, Ota, 1972: Der dritte Weg. Die marxistisch-leninistische Theorie und die moderne Industriegesellschaft. Hamburg: Hoffmann&Campe.
- Spenner, Kenneth / Subhomlinova, Olga O. / Thore, Sten A. u.a., 1998: Strong legacies and weak markets: Bulgarian state-owned enterprises during early transition. In: American Sociological Review, S. 599-617.
- Stark, David / Bruszt, Laszlo, 1998: Enabling Constraints. Institutional Sources of Policy Coherence. In: David Stark / Laszlo Bruszt (Hrsg.): Postsocialist Pathways. Transforming Politics and Property in East Central Europe. Cambridge: Cambridge University Press, S. Kap. 6.
- Szücs, Jenő, 1990: Die drei historischen Regionen Europas. Frankfurt: Verlag Neue Kritik.
- Transparency\_International, 2003: Global Corruption Report 2003. Internet: [www.transparency.org](http://www.transparency.org).
- Vetter, Reinhold, 2002: Konfliktbeladene Wahlen in Ungarn. Tiefe Gräben in Politik und Gesellschaft. In: Osteuropa, vol. 52, no. 6, S. 806-821.
- Wielgohs, Jan, 2001: Varianten erfolgreicher Privatisierungspolitik - Die Konditionierung und Steuerung der Unternehmensprivatisierung in Estland, Polen und der Tschechischen Republik. In: Helmut Wiesenenthal (Hrsg.): Gelegenheit und Entscheidung: Politics und policies erfolgreicher Transformationssteuerung. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 93-168.
- Wiesenenthal, Helmut, 1997: The Crisis of Holistic Policy Approaches and the Project of Controlled System Transformation. In: Andreas Pickel / Helmut Wiesenenthal (Hrsg.): The Grand Experiment. Debating Shock Therapy, Transition Theory, and the East German Experience. Boulder: Westview Press, S. 91-113.

- Wiesenthal, Helmut, 1998: Erntezeit der Sozialwissenschaft? Die Transformationsprozesse in Osteuropa stellen ein politikwissenschaftliches Paradigma in Frage. 6 (2), 44-50. In: *humboldt spektrum*, vol. 6, no. 2, S. 44-50.
- Wiesenthal, Helmut, 2001: Einleitung: Systemtransformation als Theorientest. In: Helmut Wiesenthal (Hrsg.): *Gelegenheit und Entscheidung: Politics und policies erfolgreicher Transformationssteuerung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 9-31.